

Solidarität des Westens“ (Erhard-Berater Hohmann) gleicht dem Pfeifen von Kindern im dunklen Walde.

Walter Ulbricht eröffnete sein Spiel Ende August mit der auf fünf Tage befristeten Sperre des Ostsektors für Bundesdeutsche. Die Maßnahme wurde mit einem Heimkehrer- und einem Vertriebenenentwurf in Westberlin begründet — in den Augen westlicher Zeitungsleser, die wenige Tage zuvor Berichte über Ludwig Erhards Rede vor Oberschlesiern in Düsseldorf gelesen hatten, mindestens keine ganz unlogische Reaktion Pankows.

Am 8. September verordnete die DDR-Regierung unbefristet, daß Bewohner der Bundesrepublik künftig für das Betreten des Berliner Ostsektors eine Aufenthaltsgenehmigung einholen müssen.

Da solche Genehmigungen bisher ohne Anstände an der Sektorengrenze ausgegeben wurden, rief auch diese Änderung keine weithin hallende Empörung im westlichen Ausland wach. Die ohnehin für Ausländer schwer zu überschauenden Verkehrsverhältnisse im geteilten Deutschland schienen nur um eine weitere, rein innerdeutsche Formalität zusätzlich kompliziert worden zu sein.

Nicht nur die Rechte der Alliierten blieben damit vorläufig von den SED-Verordnungen ausgespart. Ulbricht ließ auch die Westberliner ungeschoren, für die sich im Verkehr mit dem östlichen Teil ihrer Stadt nichts änderte.

Der nächste Ulbricht-Erlaß, der erste für die Westberliner, mußte zwangsläufig verkündet werden, wenn das von Chruschtschow 1958 gesetzte Ziel einer sogenannten Freien Stadt konsequent angesteuert werden sollte:

Mit Wirkung vom 15. September erkannte die DDR-Regierung bundesrepublikanische Pässe nicht mehr als Ausweispapier Westberliner Bürger an. Bei der Durchreise durch die Zone müssen die Westberliner seitdem ihren Berliner Personalausweis vorlegen, der — wenn sie nicht nur ins Bundesgebiet, sondern ins Ausland fahren wollen — mit einer Art DDR-Transitvisum versehen wird — eine Erhöhung des Personalausweises zur Vorstufe eines eigenen Freistadtpasses.

Der Transitschein wird gratis abgegeben, während ein Visum im Paß bisher drei Mark kostete: Ulbricht will die Westberliner mit dem Gedanken vertraut machen, daß eine „Freie Stadt“ nicht nur Nachteile mit sich bringt.

Als mögliche Repressalien gegen Ulbrichts nächste Versuche, auf einer — vergleichsweise — weichen und im westlichen Ausland kaum wahrgenommenen Welle seinem Ziel entgegenzuweichen, haben sich die Westmächte ausgedacht:

- ▷ ein Handels-Embargo der Nato gegen die DDR,
- ▷ das Verbot des Transitverkehrs von DDR-Gütern durch die Nato-Staaten;
- ▷ die Sperrung aller Häfen der Nato-Staaten für DDR-Schiffe. Pankows Frachter müssen in Holland oder England nachtanken, wenn sie ihre Ladekapazität — zum Beispiel im aktuellen Handel mit Fidel Castros Kuba — voll ausnutzen wollen.

Die westlichen Planspieler erkannten jedoch bald, daß die Verwirklichung dieses Katalogs der beste Vorwand für

den Ostblock wäre, vor der Uno gegen die Behinderung des DDR-Handels zu protestieren — und damit das Berlin-Thema vor jenem Forum aufzuwerfen, das Walter Ulbricht zielstrebig ansteuert.

Die Ungewißheit, wie die Uno-Mehrheit sich nach allmählicher Gewöhnung an den Gedanken einer Freistadt Berlin dann entscheiden würde, lähmte die Freude der westlichen Diplomaten an ihrem — bisher geheimgehaltenen — Sanktionskatalog.

Zu seiner Einführung in der Kreis der Vereinten Nationen hat der SED-Chef in der vorvergangenen Woche bereits einen Brief an Uno-Generalsekretär Hammarskjöld geschrieben. Ulbricht bat um eine Einladung zur Abrüstungsdebatte, um einen in drei Etappen unterteilten



Volksarmee-Deserteur Malikowski
Vom Schwager abberufen

gesamtdutschen Entwaffnungsplan der DDR-Regierung vortragen zu können.

Kernstück der ersten Etappe nach Ulbrichts Intentionen: „Der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt.“

ÜBERLÄUFER

Schlagt die Aggressoren

Eine Anzahl Flugblätter und mehrere Tonbänder, die der Ministerialdirigent Krueger, stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, am Donnerstag letzter Woche im CDU-Fraktionssaal des Bonner Bundeshauses präsentierte, brachten ihn zu dem aufsehenerregenden Schluß: „Was man bisher nur vermuten konnte, hat sich bestätigt: Die

Nationale Volksarmee (der Sowjetzone) wird planmäßig auf einen Angriffskrieg (gegen die Bundesrepublik) vorbereitet.“

Die derart beschuldigten SED-Spitzen ließen wenig später aus Ostberlin wissen, es handle sich bei den angeblichen Beweisen für diese These um plumpe Fälschungen der Bonner Militaristen, die damit nur von ihren eigenen aggressiven Absichten ablenken wollten.

Die ganze Wahrheit lieb in den offiziellen Verlautbarungen aus Bonn und Ostberlin so unsichtbar wie der Überbringer des Materials, der 32jährige Volksarmee-Hauptmann Günter Malikowski, in der Kruegerschen Dokumentarschau zu Bonn.

Die neuen Betreuer des Überläufers ließen das etwas einfältige Gesicht des Volksoffiziers nicht direkt, sondern nur durch die Medien von Photographie und Television sichtbar werden, und sie ließen auch einige Details der ganzen Story im dunkeln, die eigentlich zum Bild gehörten.

Seit Februar dieses Jahres operiert die offizielle DDR-Propaganda mit der Mär, die Bundeswehr plane einen „Blitzkrieg gegen die DDR“, noch dazu mit Atomwaffen. Diese Pankower Propagandathese, vornehmlich für das Ausland berechnet, um Bonn in Mißkredit zu bringen, wurde durch Sprüche untermauert, die von den Bundeswehr-Überläufern Winzer und Gliga in Ostberlin aufgesagt wurden.

So große Wirkung die DDR-Propagandisten sich auch im Ausland versprechen mochten, auf die eigene Truppe mußten derartige Atomschreckensbilder nicht eben anfeuernd wirken. Um möglichen Angstzuständen der Soldaten vorzubeugen, wurde im Polit-Unterricht alsbald gelehrt, solchen Angriffen werde natürlich der sozialistische Gegenschlag auf dem Fuße folgen.

Um die Gegenschlag-Vorstellungen treffend zu illustrieren, erfanden Parteibeamte des SED-Zentralkomitees eine makabre Methode psychologischer Verteidigung.

Die für den Einsatz politischer Führungsoffiziere verantwortliche ZK-Stelle gab „streng vertraulich“ auf dem Polit-Dienstwege, der unabhängig von dem militärischen Dienstweg läuft, parteiinternes Material heraus, das Aufrufe an die Bevölkerung bundesdeutscher Städte und Länder enthält.

So gibt es einen Aufruf „An die Bevölkerung des Landes Niedersachsen“, den Ministerialdirigent Krueger in Bonn per Photokopie verteilte, einen Appell an die Landbevölkerung und einen Aufruf an die Bürger der Stadt Bonn, den Krueger in Bonn nicht bekanntgab oder verteilte.

Heißt es in dem Aufruf für Niedersachsen: „Der von den Todfeinden des deutschen Volkes, den deutschen Militaristen, entfesselte Atomkrieg ist nur mit der restlosen und endgültigen Zerschmetterung des militaristischen, kleinkriegsfaschistischen Bonner Obrigkeitstaates zu beenden. Keine Gnade den Schuldigen der Aggression.“

Diese streng vertraulichen Versicherungen des ZK, daß zwar eine Blitzkrieg-Aktion der Bundeswehr drohe, man den Angreifer aber bis nach Niedersachsen oder gar nach Bonn zurückwerfen werde, kamen auf dem Parteidienstweg auch zur 1. motorisierten Schützendivision in Potsdam-Eiche, wo

Hauptmann Malikowski als „Leitender Mitarbeiter der politischen Abteilung“ wirkte.

Ganz anderen Zielen als dieser Volksoffizier diente ein Bruder seiner Frau, der für eine private Berliner Widerstandsorganisation in der Sowjetzone tätig war und deshalb schon vor längerem mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR kollidierte. Er wurde verhaftet. Nachdem er seine Strafe abgesessen hatte, rettete er sich nach Westen, wo ihn interessierte Wächter der bundesrepublikanischen Sicherheit nach Freunden, Verwandten und Bekannten in sowjetzonalen Dienststellen befragten.

Der Flüchtling entsann sich seines Schwagers Malikowski bei der Potsdamer Schützendivision und ließ ihn über familiäre Kanäle im Frühjahr 1960 wissen, wie willkommen er im Westen wäre, wenn er sich entschließen könnte, zu desertieren.

Die Offerte kam in einem günstigen Moment. Malikowski, seit drei Jahren Hauptmann, war soeben bei der Beförderung zum Major übergegangen worden, weil die von ihm geschulten Soldaten große ideologische Schwächen offenbarten. So hatte beispielsweise ein Soldat die Politik der Bundesregierung verherrlicht und deren „Grünen Plan“ gelobt. Auch waren in Malikowskis Divisionsbereich Hakenkreuze an Munitionsbunker geschmiert worden.

Auf anderem Gebiet hatte Hauptmann Malikowski mit seinen Politoffiziers-Genossen allerdings Hervorragendes geleistet. Animierte durch die „Streng vertraulich“-Aufrufe des ZK an die Niedersachsen und die Bonner ließen sie in der Druckerei der Divisionszeitung „Junge Garde“ auf eigene Faust ähnliche Schriften herstellen, in denen nun allerdings von einem bevorstehenden Bundeswehr-Angriff — wie in den ZK-Dokumenten — keine Rede mehr war.

Es entstanden — nicht ohne Zutun Malikowskis — Passierscheine für überlaufende Bundeswehrsoldaten, Flugzettel „Die Ära Adenauer ist am Ende“ und ein Aufruf: „Einwohner von Kiel. Die letzten Widerstandsnester des Gegners in der Stadt wurden zerschlagen. Die Stadt befindet sich in den Händen der Truppen der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik.“

Dieses Material nebst einem guten Dutzend Tonbänder, die genormte Schulungsvorträge — aufgesprochen von redigierten Polit-Offizieren und Parteifunktionären — enthielten, offerierte Hauptmann Malikowski seinem Schwager, ehe er zwecks Urlaubsfahrt von Potsdam nach Angermünde eine Durchreisegenehmigung für Ostberlin beantragte.

Während seine Frau mit den beiden Kindern — neun und elf Jahre alt — zwei Stunden vorher Westberlin erreichte, schleppte der Hauptmann in Zivil am 13. August einen Koffer mit den versprochenen Gaben über die Sektorengrenze: den ZK-gedruckten Aufruf mit der Gegenschlag-Parole nebst „Streng vertraulich“-Vermerk und den divisionseigenen Pamphleten seiner eigenen Dienststelle mit kernigen Angriffsparolen und ohne jeden Geheimhaltendruck.

Der in Westberlin nicht offiziell vertretene Bundesnachrichtendienst über-

ließ es den Abwehroffizieren der drei Schutzmächte, den Koffer zu sichten. Auch warteten die Nachrichtenmänner des Ministerialdirektors Reinhard Gehlen jene Karenzzeit ab, die amerikanische Geheimdienstleute in Kronberg (Taunus) für notwendig hielten.

Am letzten Donnerstag schließlich wurde der Kofferinhalt des Hauptmanns Malikowski vom Bundespresamt enthüllt. Ein Teil der Dokumente wurde bekanntgemacht, der Überbringer allerdings blieb unsichtbar.

So wurde der ungewandte Volksoffizier nicht in Verlegenheit gebracht, auf spitzfindige Fragen nach der Entstehungsgeschichte der verschiedenen Dokumente und den Umständen seines Übertritts antworten zu müssen.

PRIVATISIERUNG

Volks-Kesselwagen

Die Kurszettel der westdeutschen Wertpapierbörsen verzeichneten in der letzten Woche für das deutsche Volkswertpapier einen erfreulichen Kursverlauf: Die vor anderthalb Jahren emittierte Preußag-Aktie konnte entgegen der allgemeinen Börsenschwäche ihre Position gut behaupten. Innerhalb



Bundesschatzgräber Wilhelm
In der Volksaktie alles drin

von vier Wochen war ihr Kurs um 60 Punkte auf 255 gestiegen.

Die kurstreibende Nachfrage nach den Aktien der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft erklärte sich jedoch nicht etwa aus ungewöhnlichen Geschäftserfolgen der Firma. Sie war vielmehr dem emsigen Bemühen des Bundesschatzministers Dr. Hans Wilhelm zu verdanken, den Volksaktionären noch in diesem Jahr mittels einer lukrativen Transaktion die Vorteile der Bonner Eigentumspolitik handgreiflich zu machen.

Wilhelmi will der Preußag eines der rentabelsten Bundesunternehmen, die VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH in Hamburg, zuschlagen, das Aktienkapital der Preußag entsprechend erhöhen und die Preußag-Aktionäre kursgünstig mit den jungen Preußag-Papieren beglücken. Dieser warme Regen soll noch vor der VW-Privatisierung — die ersten VW-Aktien werden im Januar 1961 angeboten — über die Volksaktionäre niedergehen.

Das der Preußag zugedachte Objekt rechtfertigt das jähe Interesse der Börse. Die VTG verfügt über 13 900 Kesselwagen, zehn Motortankschiffe und sieben Tanklager mit einem Fassungsvermögen von 670 000 Kubikmetern und ist das größte europäische Unternehmen seiner Art. Die Kesselwagen ermöglichen ein einträgliches Vermietgeschäft, mit dem die Firma im vergangenen Jahr ihren Umsatz auf fast 60 Millionen Mark steigern konnte.

In Erwartung dieses erfreulichen Zuwachses hatte die Hauptversammlung der Preußag im Juni dieses Jahres die Unternehmensverwaltung ermächtigt, das Aktienkapital bei Bedarf von 105 Millionen Mark um 50 Prozent auf 157,5 Millionen Mark zu erhöhen. Nach den Plänen Wilhelmis sollen die Aktionäre je 100 Mark Nominalwert der jungen Aktien für 160 Mark erwerben können und auf diese neuen Papiere schon für das laufende Geschäftsjahr Dividende beziehen.

Da nach Wilhelmis Ermittlungen 80 Prozent der Ersterwerber von Preußag-Aktien bislang an ihren Papieren festgehalten haben, kämen somit die Pioniere des Volkskapitalismus erstmals in den Genuß jener Annehmlichkeiten, die eine Kapitalerhöhung mit sich bringt.

Nutzt der Preußag-Aktionär sein Bezugsrecht aus und bezieht, wie vorgesehen, auf je zwei seiner Altaktien eine junge Aktie für 160 Mark, so darf er sich auf einen gemeinsamen Kurs der alten und neuen Papiere von schätzungsweise 225 freuen. Fühlt er sich dagegen nicht imstande, 160 Mark für eine junge Aktie aufzubringen, so erwächst ihm aus dem Verkauf seines Bezugsrechts an einen Interessenten für junge Preußag-Aktien noch ein Bargewinn von etwa 32 Mark.

Verkündete Schatz-Wilhelmi Anfang Juli über den Hessischen Rundfunk: „Damit haben wir auch diesen ersten Volksaktionären gezeigt, daß in einer Volksaktie alles das drinsteckt, was in jeder Aktie drinsteckt, auch ein Bezugsrecht mit all den erfreulichen Folgen, die sich daraus für den Besitzer einer Aktie ergeben.“

Auch auf andere Weise verfolgt Wilhelm mit seinem Vorhaben das Ziel, dem Preußag-Papier das zukommen zu lassen, „was in jeder Aktie drinsteckt“. Anders als die Sozial-Experimentierer der CDU hält nämlich der Minister wenig von den Bemühungen, mittels Erwerbsprivilegien für die Bezieher kleiner Einkommen, mit Verkaufssperren — zwei Jahre bei den geplanten VW-Aktien — und sonstigen Sonderbestimmungen die Volksaktien unter Naturschutz zu stellen.

So will der Minister mit der Preußag-VTG-Transaktion zugleich die Norma-